

Zeitschrift: FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche

Herausgeber: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

Band: - (2007)

Heft: 9

Artikel: Wachstum auch im Bereich Gender Studies?

Autor: Lipecki, Ursula

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1098801>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wachstum auch im Bereich Gender Studies ?

Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung sollen um 6 Prozent pro Jahr erhöht werden. Diese Paket von Rahmenkrediten im Umfang von 21,2 Milliarden Franken hat der Ständerat am 19. Juni 2007 beschlossen.

Forderungen von jährlichen Wachstumsraten von 8 Prozent (1) und 10 Prozent (2) sind somit vom Tisch, jedoch nicht mögliche Kürzungen im Rahmen von neuen Sparrunden. Diese bleiben, wie die Jahre zuvor, auch in Zukunft möglich. Daraus resultieren Planungsunsicherheiten, die Fritz Schiesser (Glarus, FDP und Präsident des Schweizerischen Nationalfonds) mit seinem Antrag «gebundene Kredite künftigen Sparrunden auszunehmen» verhindern wollte. «Taten statt blosse Worte» sei das Gebot der Stunde, sagte er. Unterstützt wurde er von Anita Fetz (Basel, SP und Präsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)): «Wir reden hier über die politische Zuverlässigkeit» (3). Fetz und Gisèle Ory (Neuenburg, SP) machten darauf aufmerksam, dass bereits vor vier Jahren einem Wachstum von sechs Prozenten zugestimmt wurde. Nach den Entlastungsprogrammen 2004 und 2005 seien davon noch drei Prozente übrig geblieben. Mit 28 gegen 9 Stimmen verwarf der Ständerat das faktische Verbot für Kreditsperren und Budgetkürzungen im Bildungs- und Forschungsbereich bis 2011.

Dieser Entscheid ist bedauerndswert, weil über den soeben gefundenen Wachstumskompromiss bereits wieder Kürzungen im Bundeshaushalt von 700 bis 1,2 Milliarden Franken pro Jahr zur Debatte stehen. Fetz kommentierte diesen Entscheid im Namen der WBK damit, dass diese «Kürzungen den Bereich Bildung und Forschung mit Gewissheit hart treffen» (4) wird. Es ist mit Kürzungen von rund 100 Millionen pro Jahr zu rechnen. Die Kürzungsankündigungen stehen im Widerspruch zum erfolgreichen Ergebnis der Staatsrechnung 2006. Diese schliesst dank der guten Konjunktur mit einem Gewinn von 2,5 Milliarden Franken ab. Immerhin kündigte der Finanzminister Hans-Rudolf Merz einen Aufschub des für 2008 geplanten Entlastungsprogramm um ein Jahr an (5).

Illusorischer Bundesratsentscheid

Während der Ständerat über das Kreditpaket im Bildungs- und Forschungsbereich debattiert, wurden im Vorfeld verwaltungsin-tern bereits erste Kürzungen vorgenommen. Wie ist das möglich, fragten wir uns im FemWiss-Vorstand? Nun, dies ist ein Resultat eines erstaunlichen Konstrukt von Entscheidungsbefugnissen. Es existieren zwei Wege von Entscheidungen, welche parallel verlaufen, aber nicht chronologisch aufeinander abgestimmt sind. Der politische Weg ist der, dass der Bundesrat die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) für die Jahre 2008 - 2011 dem Parlament im Januar 2007 zur Diskussion vorlegte. Diese dauern - wie bereits oben beschrieben - nach wie vor an. Bevor die Räte

abschliessend debattiert haben, beschloss der Bundesrat im Februar 2007 Budgetkürzungen wie zum Beispiel das Entlastungsprogramm 2008.

Der administrative Weg ist derjenige der Geldverteilung durch die Verwaltung. Im Bereich Bildung und Forschung ist dies die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), d.h. sie koordiniert die Geldvergabe zwischen Bund und Kantonen abschliessend. Wenn der Bundesrat Kürzungen beschliesst, dann kürzen zum Teil Verwaltungen bereits im Vorfeld die Vergabegelder. Dies führt zur paradoxen Situation, dass die Räte über ein Paket an Krediten abstimmen, dass in der Realität bereits gekürzt verhandelt wird. «Die Erhöhung, die uns der Bundesrat vorschlägt, sind also illusorisch» (6), stellt die Präsidentin des Politikerteams Future7 und Ständerätin Christine Langenberger (Waadtland, FDP) fest.

Kein «vorausseilender Gehorsam» im Bereich Gender Studies

Für die beiden projektgebundenen Beiträge des Kooperationsprojektes Gender Studies Schweiz und des Graduiertenkollegien Gender-Netzwerk an Universitäten sind in der BFI-Botschaft 2008 - 2011 10,5 Millionen Franken vorgesehen. Die bis jetzt erfolgten Eingaben erreichen ein Total von 9 Millionen Franken. Im «vorausseilenden Gehorsam» hat die SUK den Betrag bereits auf 6 Millionen gekürzt. Anstatt einer Erhöhung entspricht dies einer Kürzung um 33,3 Prozent. Bereits in der letzten Vergabeperiode mussten die beiden erwähnten Kooperationsprojekte eine beträchtliche Kürzung von rund 55 Prozent hinnehmen

(BFI-Botschaft 2003 - 2007 9,4 Millionen, tatsächlich gesprochene Gelder von 4,2 Millionen Franken) (8).

Dank der positiven Konjunktur fliessen beträchtliche Mehreinnahmen in die Bundeskasse. Dies sollte ausreichen, dass der von Finanzminister Merz angekündigte Entlastungsprogrammsaufschub gewährt wird und somit die bereits erfolgten Kürzungen im Bereich Bildung und Forschung obsolet werden. Der Bereich Gender Studies Schweiz benötigt die 10,5 Millionen Franken, um den Forschungsrückstand gegenüber anderen Ländern in Europa aufzuholen, dringend. Der FemWiss-Vorstand wird sich in den nächsten Wochen dafür stark machen.

Ursula Lipecki, Geschäftsführerin FemWiss

¹ Motion der FDP-Fraktion, Herbstsession 2006 vom Nationalrat angenommen.

² Resolution des Nationalen Bildungs- und Forschungsgipfels in Basel vom 20. Oktober 2006.

³ Der Bund, 20. Juni 2007: „Jedes Jahr sechs Prozent mehr“, Seite 7.

⁴ NZZ Online, 20. Juni 2007 „Mehr Geld für die Bildung“, [http://www.nzz.ch\(2007/06/19/il/newzzF34G5SHG-12.print.html](http://www.nzz.ch(2007/06/19/il/newzzF34G5SHG-12.print.html).

⁵ Schweizer Fernsehen, 7. Juni 2007: „Bund schreibt 2,5 Milliarden Gewinn“, <http://tagesschau.sf.tv/nachrichten/2007/06/07/schweiz/bund.html>

⁶ Medienmitteilung, FUTURE, 29. Mai 2007: „Parlament will Budgetkürzungen des Bundesrats nicht“, www.futureteam.ch.

⁷ Das Politikerteam FUTURE setzt sich zusammen aus Bundesparlamentariern, die sich besonders für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) einsetzen. Alle politischen Parteien sind darin vertreten. Das Politikerteam steht im Zentrum des 2001 gegründeten Netzwerkes FUTURE. Das Netzwerk umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

⁸ Positionspapier der AG Chancengleichheit und Gender Studies. In Hinblick auf die Botschaft Bildung, Forschung und Innovation BFI 2008-2011, Oktober 2005, Seite 29.